

Alle Parteien haben das gleiche Finanzsystem

Voraussetzung hier: Alle Parteimitglieder arbeiten **ehrenamtlich** ohne Bezahlung und die Partei hat keine **Mietimmobilien**, für die Miete gezahlt werden muß.

Das Finanzsystem der Parteien ist immer gleich. Es gibt ein oder mehrere Konten, wo alle Mitglieder einzahlen.

Alle Parteien sind verrückt nach Geld!! Auch sind schon 10 €/Jahr Mitgliedsbetrag zu viel.

Eine kleine Minderheit kontrolliert nun viel Geld und bestimmt, was damit gemacht wird.

Dieses System ist die Voraussetzung für **Geldverschwendung, Mißwirtschaft und/oder Korruption.**

Ein schwerer Verdacht auf **Betrug** ist auf jeden Fall, wenn **willkürlich Konten eröffnet und wieder aufgelöst** werden. Eine gründliche Überprüfen durch unabhängige Parteimitglieder ist dann unbedingt notwendig (dürfen keine gewählte Kontrolleure sein, Gefahr von Seilschaften innerhalb der Partei).

Geldverschwendung/Korruption bei der Internetseite

Eine Internetseite kostet nur **30 €/Jahr**, wenn man diese selber programmiert. Zuständige Parteimitglieder haben meistens keine Ahnung und unterschreiben dann Verträge mit Programmierfirmen. Die Kosten für eine Internetseite können dann in die tausende von Euro gehen, für die Programmierung und die Wartung.

Hier kann es nun sein, daß zuständige Mitglieder Geld (in bar oder sonst wie) verdienen und man hat kein Interesse für die **Offenlegung** aller **Kosten** und **Verträge**.

Das zuständige Parteimitglied hat vielleicht selber eine Programmierfirma und will dann auf Kosten der Partei viel Geld (tausende von Euro) verdienen.

Einfache Mitglieder müssen alle Sachverhalte, bezüglich der Internetseite, einsehen können und dazu zählt:

- **wer hat die Verträge unterschrieben**
- **was kosten die Verträge**
- **was hat die eigentliche Programmierung gekostet**
- **ist das Internetprogramm auf einen PC der Partei gespeichert**
- **ist das Programm übersichtlich geschrieben, so das man die einzelnen Programmierzeilen nachvollziehen kann**
- **das Programm muß fehlerfrei sei. Kostenlose Überprüfung auf Fehler auf:**
<http://validator.w3.org>
- **kostet die Wartung der Internetseite Geld**
- **kann das zuständige Parteimitglied den Text (Änderung von Namen oder Termine) ändern oder kostet das auch schon wieder Geld**

Wenn normale Parteimitglieder keinen Zugang zu diesen Informationen haben, dann stimmt da was nicht (Geldverschwendung, Mißwirtschaft, unfähige zuständige Leute, Korruption)!!

Notwendige Ausgaben einer Partei sind nur:- ein Postfach für **23 €/Jahr**

- eine Internetseite für **30 €/Jahr**, wenn man die Programmierung selber macht

Andere anfallende Kosten (notwendige Kosten, Briefverkehr) werden über das **Verursacherprinzip** (wer Kosten verursacht, muß diese auch übernehmen) abgerechnet.

Parteimitglieder, die nichts gemacht haben brauchen dann nicht für Kosten aufkommen, die andere Parteimitglieder verursacht haben.

Jedes Parteimitglied muß das Recht haben die Bücher einsehenzudürfen ohne gewählt worden zu sein. Das verhindert die Bildung von Gruppen (einzelne Parteimitglieder), die sich absprechen.

Vorteil: Unangekündigte Prüfungen von Parteimitgliedern, die man nicht kennt und die auch zu

keiner Gruppe (Seilschaft) gehören.

Beispiel ist die **AfD**, wo es um viel Geld geht und dort kämpfen alle um bezahlte Posten.
Fall Bremen, wo die Mitglieder 2 Landeslisten einreichten, weil man sich gegenseitig die Abgeordnetenposten im Landtag (Landtagswahl Bremen 2023) nicht gönnte.

Internetseite

Jede Partei hat eine Internetseite und da fängt schon die Geldverschwendung an, wie bei der **Domainendung**.

.de kostet **9 €/Jahr** und **.org** kostet **21 €/Jahr** und **.net** kostet **21 €/Jahr**

Die Domainendung spielt für das Funktionieren der Internetseite keine Rolle, also nimmt man **.de**. Wird nun eine teure Domainendung genommen, wie **.org**, dann steigt das den Umsatz der Internetprogrammierungsfirma, ist also **Geldverschwendung**.

Ein **Verkaufsprogramm** mit **Warenkorbfunktion** ist teuer und lohnt sich eigentlich nur für Internetfirmen, die tausende von Kunden pro Jahr haben, aber nicht für eine kleine Partei.

So ein Verkaufsprogramm kostet zwischen **300 €/Jahr** bis über **5000 €/Jahr**.

Wenn über den Verkauf von Werbematerial diese Kosten erwirtschaftet werden, dann ist das OK. Werden die Kosten nicht erwirtschaftet, dann müssen die Parteimitglieder das Geld aufbringen und das wäre Schwachsinn.

Für ein Verkaufsprogramm muß ja ein Vertrag unterschrieben werden und das sind Parteimitglieder in einem Parteiamt, wie **Bundvorsitzende, Bundesschatzmeister, usw.**

Es gibt nun 3 Möglichkeiten, wenn hier Geldverschwendung vorliegt:

- 1) die Parteimitglieder, die unterschrieben haben, haben **keine Ahnung** und sind somit **unfähig**
- 2) die Parteimitglieder verdienen an den Vertrag (Verkaufsprogramm) mit und sind somit wohl von der Programmierungsfirma **gekauft worden**.
- 3) die Parteimitglieder sind selber bei der Programmierungsfirma beschäftigt und haben somit das eigene Verkaufsprogramm an die **Partei verkauft**.

1) bis 3) sind auf jeden Fall parteischädigend und man muß prüfen, ob hier **Dummheit, Unfähigkeit, Interessenkonflikt** oder **absichtlicher Betrug** vorliegt.

Die Partei und damit auch alle Mitglieder hat den **finanziellen Schaden**.

Verhinderung von Geldverschwendung, Mißwirtschaft und Korruption

Alle Macht geht von den Parteimitgliedern aus!!

Bei allen Entscheidungen, wo es um viel Geld geht, entscheiden die Parteimitglieder und nicht einzelne oder auch eine Gruppe von Parteifunktionären.

Es gilt das Verursacherprinzip!!

Wer Kosten verursacht oder einen anderen Schaden verursacht hat, muß dafür zahlen.

Kein Parteimitglied muß Zusatzkosten zahlen oder auch Sonderzahlungen!!

Die einzelnen Parteimitglieder zahlen nur so viel Jahresbeitrag, wie Bundesverband, Landesverband und Kreisverband unbedingt brauchen.

**Wenn kein Geld da ist oder nur wenig Geld, dann kann auch kein großer Schaden entstehen!!
Das Geld bleibt bei den Kreisverbänden und die entscheiden selber im Rahmen der Bundesatzung!!**

Beispiel

Ein Kreisverband organisiert eine Veranstaltung und lädt dazu den Landesvorsitzenden ein.

Verursacherprinzip: Der veranstaltende Kreisverband übernimmt die Kosten für:

- Reisekosten
- Verpflegung

- Unterkunfts-kosten

Landesparteitag: Die Kreise übernehmen die Kosten für ihren Delegierten

- Reisekosten
- Verpflegung
- Unterkunft

Vorteil dieses Systems

Ein Kreisverband besteht bei einer Kleinpartei nur aus ca. 20 Mitglieder, die sich monatlich treffen und sich auch gegenseitig kennen.

Bei einer monatlichen Zusammenkunft können dann alle Probleme besprochen werden und somit wird viel Bürokratie vermieden.

Notwendige Unterstützungsunterschriften in NRW, um an der Landtagswahl teilnehmen zu können, sind **1000 Unterschriften** (also 1000 Mitglieder notwendig).

In NRW gibt es **64 Wahlkreise** und das sind dann $1000/64=15,62$.. Mitglieder/Kreis=16 durchschnittlich.

Bei Betrug: Liegt ein Betrug, Geldverschwendung und/oder Mißwirtschaft vor, dann wird der Schaden nur auf den betroffenen Kreis begrenzt und der Schaden ist somit gering.

Geringer Jahresbeitrag von **1 €/(Jahr*Mitglied)**: Weil der Bundesverband und die Landesverbände nur das absolut notwendige Geld bekommen, ist der Mitgliedsbeitrag sehr gering.

Sicherung in der Bundessatzung

In der Bundessatzung kann man festlegen, was gemacht werden darf und man kann auch die Höchst-kosten festlegen.

1) Vertragsrecht

- wer darf Verträge schließen
- wer darf Verträge kündigen
- wie hoch dürfen die Kosten sein
- die Kosten für nicht notwendige Verträge tragen die Verursacher
- welche Verträge sind absolut notwendig

2) Prozeßrecht

- wer darf einen Prozeß einleiten (Rechtsanwalt beauftragen)
- wie hoch dürfen die Kosten sein (Rechtsanwaltgebührenordnung)
- wann wird ein Prozeß abgebrochen
- Kosten für Prozesse zahlen Mitglieder freiwillig auf ein Konto, das dafür eingerichtet wurde
- wie geht man bei einem Parteiverbotsverfahren vor
- **Prozessen um eine Kuh, gibt lieber eine zu!! Nur Prozesse führen, die man mit Sicherheit gewinnt!!**
- hat die Partei gegen Gesetze verstoßen, dann lieber die Strafe zahlen, als einen unsicheren Prozeß führen (aus Fehlern lernt man)
- die Kosten für unnötig verursachte Prozesse zahlen die Verursacher

Erfolgsprämie

Jede Partei kann eine Erfolgsprämie über die **stattliche Parteienfinanzierung** leisten.

Eine Partei bekommt vom Staat **85 Cent pro abgegebene Stimme für diese Partei**.

Dies gilt aber nur ab einer bestimmten Grenze:

- 0,5% aller abgegebenen Stimmen bei einer Europa- und Bundestagswahl
- 1% aller abgegebenen Stimmen bei einer Landtagswahl

In NRW wären das bei 13 Millionen Wahlberechtigten **130.000 Stimmen** (1% Hürde erreicht).
Geld vom Staat dann $130.000 \text{ Stimmen} \cdot 0,85 \text{ €/Stimme} = 110500 \text{ €}$ für die Partei.

Relative Obergrenze: Der Staat zahlt maximal Geld an die Partei, wenn die Parteimitglieder die selbe Summe aufbringen.

Ergibt insgesamt $110500 \text{ €} \cdot 2 = 221.000 \text{ €}$

Zahlt die Partei dann von den 130.000 € nun 60.000 € Erfolgsprämie, dann bekommen die Mitglieder ihren Mitgliedsbeitrag zurück, plus Prämie und das wären bei 1000 Mitglieder in NRW **60 € Prämie/Mitglied gezahlt vom Staat.**

Die bekannten Parteien machen das aber nicht, weil alles Geld ausgegeben wird.

CDU: 400.000 Mitglieder $a = 50 \text{ €/Jahr}$ Mitgliedsbeitrag wären 20 Millionen.

Staatliche Finanzierung wegen den politischen Erfolg dann nochmals 20 Millionen

Ergibt insgesamt dann **40 Millionen Euro plus die Spenden aus der Industrie.**

Diese Summe wird komplett ausgegeben und die Mitglieder bekommen nichts, es sein denn, daß Mitglieder irgend wie an das Geld kommen können.

Auf jeden Fall kassieren mehr oder weniger Personen das Geld.

Die große Masse der CDU-Mitglieder bekommt nichts und sind nur zahlende Mitglieder, wie das bei allen Parteien ist.

BD (Bündnis für Deutschland): Diese Partei will sogar pro Mitglied **180 €/Jahr** kassieren, was völlig bescheuert ist.

Bei 1000 notwendige Unterstützungsunterschriften bei Landtagswahlen in NRW (1000 Mitglieder) wären das dann **180.000 €** an Verwaltungskosten.

Die Adressen von 20 Mitgliedern passen auf ein DIN A4 Blatt (mit Schreibmaschine geschrieben)

Ergibt: $1.000 \text{ Mitglieder} / (20 \text{ Mitglieder/Seite}) = 50 \text{ Seiten} = \mathbf{25 \text{ DIN A4 Blätter}}$ und die passen in einen Schnellhefter (30 DIN A4 Blätter wiegen 140 Gramm).

Eine elektrische Schreibmaschine bekommt man für 400 € und ein Farbband kostet 12 € und 500 DIN A4 Blätter 5 €.